

## Offener Brief zu den geplanten Entlassungen bei Enercon

Die Nachricht des Windenergieanlagenherstellers Enercon über drohende Werksschließungen und damit verbundene Arbeitsplatzverluste ist **dramatisch für den Landkreis Aurich und die gesamte Region Ostfriesland**. Ich bin tief betroffen darüber, was das für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten mag und habe tiefes Mitgefühl für sie und ihre Familien. Als Kämpfer für eine starke ländliche Region sind es gerade solche Entwicklungen, die ich mit meiner Arbeit unbedingt verhindern wollte und will.

Die Schließungen haben über die persönlichen Schicksale hinaus erheblichen negativen Einfluss auf die Gewerbesteuererinnahmen und die Kaufkraft in unserer Region und treffen damit unfassbar viele Menschen. **Das wird in Ostfriesland noch lange zu spüren sein**. Und schon lese ich in sozialen Netzwerken und an anderen Stellen davon, dass die Messer im Geiste gewetzt und Schuldige gesucht und vermeintlich gefunden werden. Verantwortungen werden hin und her geschoben und mit diesem offenen Brief nun möchte ich deutlich machen, dass diese Verantwortung von vielen zu tragen ist und dass viele, auch ich, einen Beitrag zu leisten haben, weil es schon seit langem um noch viel mehr als die Schließung bei Enercon geht: **auch die gesamte Energiewende steht auf dem Spiel**. Es ist aus meiner Sicht nicht zu unterschätzen, was es in anderen Nationen der Erde bedeuten würde, wenn der Eindruck entstünde, Deutschland würde seine Klimaschutzverpflichtungen nicht mehr erfüllen wollen. Deshalb muss es jetzt auch darum gehen, **unsere Kompetenzen und Verantwortungen zu bündeln** und gemeinsam dafür zu sorgen, dass die Energiewende nicht nur ein Erfolg in Deutschland wird, sondern als beispielhaft in der ganzen Welt angesehen wird.

### Zur Transparenz sind mir folgende Zeilen wichtig:

Ich war in meinen unterschiedlichen politischen Funktionen immer ein vehementer Verfechter für Windenergie. Dabei bin ich - vorsichtig formuliert - nicht nur auf Zustimmung bei den Menschen gestoßen. Als Vater von fünf Kindern war, ist und wird es mir auch in Zukunft wichtig sein, eine Politik sowohl auf lokaler Ebene, als auch auf Bundesebene zu fördern, die unsere Ressourcen schont und unseren Kindern und Enkelkindern eine lebenswerte Umwelt hinterlässt. **Gerade bei uns in Ostfriesland ist das ein dringendes Thema**, denn wenn weiter nicht genug in dieser Richtung getan wird, dann steht uns buchstäblich das Wasser bis zum Hals und höher. Das will ich nicht verantworten!

Seit Jahren kämpfe ich mit ganzer Kraft für den Ausbau der Windenergie in Deutschland und dieses Ergebnis in meiner Heimat schockiert mich zutiefst. Allerdings kommt es für mich **nicht überraschend**. Seit Monaten weise ich darauf hin, dass der Onshore-Windenergie schwerer Schaden droht, wenn sich nicht zügig etwas bewegt. Das kann ich belegen durch zahlreiche Bundestagsreden, Interviews, Gastkommentare auch in bundesweiten Medien und durch zahlreiche Auftritte in Podiumsdiskussionen vor allem natürlich in Berlin. Ich habe in einer Fragestunde des Deutschen Bundestages die absolut seltene Gelegenheit genutzt und der Bundeskanzlerin persönlich meine Sorgen zur Windenergie vorgetragen. Sie hat erwidert, man müsse eben auch sehen, dass der Ausbau der Windenergie bei vielen

Bürgerinnen und Bürgern an Grenzen der Akzeptanz stieße. Daraufhin habe ich mit meinen Fraktionskollegen aus dem Bundestag, dem Bundesverband für Windenergie und anderen entsprechenden Verbänden einen Windgipfel gefordert. Eben weil die Entwicklung auch schon vor Monaten besorgniserregend war. Die Initiative des Windgipfels wurde dann vom Bundeswirtschaftsminister aufgegriffen. Daraus entstand ein **18 Punkte-Plan** mit einigen sinnvollen Vorschlägen, die jetzt dringend umgesetzt werden müssen. **Das darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.**

Es war mir immer wichtig, **eng mit der Verbänden, aber auch mit der IG Metall zusammen zu arbeiten.** Zu Enercon gab es in den letzten Jahren keinen intensiven Kontakt. Dieser war professionell mit der Enercon-Repräsentanz in Berlin, allerdings mit der Firmenleitung in Aurich habe ich die Zusammenarbeit als schwierig erlebt – spätestens nach den Entwicklungen bei der GZO in Georgsheil, bei denen Betriebsräte der IG Metall aus meiner Sicht unangemessen behandelt wurden und ich deshalb in dieser Angelegenheit klar Position bezogen habe. Ich habe bereits damals darauf hingewiesen, **dass eine gelebte Sozialpartnerschaft dem Unternehmen Enercon nur helfen kann** – besonders in Zeiten, in denen es einmal schwierig werden könnte. Aber auch in guten Zeiten, um durch gemeinsames erforderliches Lobbying an der einen oder anderen Stelle der Branche zu helfen. Die Lausitz und der gemeinsame Kampf der Braunkohleunternehmen und der IG BCE sind in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel. Das fehlt derzeit in der Windbranche. Ich möchte auch erwähnen, dass zu guter Sozialpartnerschaft Betriebsräte und Gewerkschaften untrennbar miteinander verbunden sind. Alleine die Tatsache, Betriebsräte zu haben bedeutet nicht, dass hier Sozialpartnerschaft ausreichend praktiziert wird.

Bei der Windenergie kommt noch hinzu, **dass die Förderung der Windenergie auch Industriepolitik der Zukunft darstellt** – ohne Windenergie wird die Energiewende in Deutschland, werden die international verbindlich vereinbarten Klimaziele von Paris für 2050 nicht erreichbar sein.

**Der Einbruch des Ausbaus der Onshore-Windenergie in Deutschland hat viele Ursachen – politische, wie hausgemachte** bei Enercon. Zu den **hausgemachten Ursachen** zählt, dass die Produktpalette von Enercon sich nicht an die Förderbedingungen der Erneuerbaren Energien angepasst hat. Heute spielt vor allem eine Rolle, mit wie viel Cent pro Kilowattstunde erneuerbarer Strom produziert werden kann. Da wurden die Produkte von Enercon zunehmend aus dem Markt gedrängt. Auch die Fragen, mit welcher Fertigungstiefe man die Anlagen fertigt und ob der Offshore-Markt nicht auch Perspektiven geboten hätte zählen dazu. Weiterhin ist es dem Unternehmen nicht gelungen, mit der Gewerkschaft eine konstruktive Zusammenarbeit zu finden. Diese war und ist notwendig, um die Herausforderungen der Gegenwart zu bewältigen. Nur gemeinsam können wir (Politik, Unternehmen und Gewerkschaft) einen Plan für die Zukunft entwickeln und diesen gemeinsam durchsetzen. In diesem Zusammenhang war die immer komplexere Unternehmensstruktur von Enercon mit zunehmender Verlagerung ins Ausland auch wenig hilfreich. Tiefer will ich an dieser Stelle nicht in die hausgemachten Probleme einsteigen. Ich will aber betonen, dass ich es begrüße, dass Enercon deutlich macht, dass es **nicht um einen kompletten Rückzug** aus der Windenergie geht, **sondern um eine Neuausrichtung.** Und wir wollen dabei helfen. Wir wollen nicht, dass die Fehler, die bei der Solarindustrie gemacht wurden und unter denen tausende

Menschen zu leiden hatten, sich jetzt in der Windindustrie wiederholen. Wir wollen nicht, dass die Windenergieanlagen künftig (wie die Photovoltaikmodule) importiert werden müssen, wir wollen in dieser Technik Technologieführer bleiben.

Zu den **politischen Ursachen** zählen die Umstellung auf das Ausschreibungsmodell, der mangelnde Netzausbau, die zunehmenden Akzeptanzprobleme bei der Errichtung von Windenergieanlagen vor allem im Osten und Süden, aber auch bei uns und die damit verbundene Debatte um Mindestabstände von Windenergieanlagen zu Wohnbebauung, die immer weiter zunehmende Rechtsunsicherheit von Kommunen bezüglich der Planung von Windvorranggebieten und weitere neue windenergiebegrenzende Sachverhalte, wie zum Beispiel Radarsysteme des Wetterdienstes oder der Flugsicherung.

Gerade um **die Einführung des Ausschreibungsmodells** gibt es aktuell eine Diskussion. Ich will hier nichts verteidigen, kann mich aber sehr gut daran erinnern, dass die Forderung nach einem Ausschreibungsmodell aus der **Wettbewerbskommission** in Brüssel stammte. Die gesamte Förderung der Erneuerbaren Energien stand damals auf dem Spiel. Zu der Zeit war noch vor der Entscheidung, ob es Ausschreibungen geben soll, im „**Windblatt**“, also der firmeneigenen Zeitschrift der Firma Enercon, schon ein großer Artikel mit der Überschrift „Enercon als starker Partner bei Ausschreibungen“ zu lesen. Ich wurde mit Verweis auf diesen Artikel auf meinen Widerstand gegen Ausschreibungen angesprochen, „für wen ich denn wohl bitteschön noch kämpfen würde“.

Der Einstieg in die Ausschreibungen wurde damals damit begründet, dass **die Kosten der Energiewende so eingedämmt** werden können und „Fehlallokationen“ vermieden werden. Zu den Fehlallokationen gehörten die hohen Pachtpreise für die Anlagenstandorte, die hohen Preise für die Anlagen u.s.w. Diese wurden und werden noch nach dem System aus der EEG-Umlage gezahlt – also von allen Stromverbraucherinnen und Stromverbrauchern. Außerdem war es für den Netzausbau ein Problem, dass jährlich mehr als der Zielkorridor von 2,5 Gigawatt pro Jahr zugebaut wurde – teilweise sogar doppelt so viel. Das brachte enorme **Herausforderungen bei den Netzentwicklungsplänen und im Netzausbau insgesamt** mit sich. Der Netzausbau kam dem Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht mehr hinterher. Dabei wurde aus meiner Sicht vernachlässigt, dass auch die Art und Weise, wie Netze in Deutschland betrieben werden dringend reformbedürftig ist. Auch dazu gibt es von mir ein **15-Punkte-Papier**, das nun teilweise durch das Bundeswirtschaftsministerium aufgegriffen wurde. Das deutsche Übertragungsnetz wird derzeit nur zu durchschnittlich 27% genutzt. Das muss dringend – zusätzlich zum erforderlichen Netzausbau – reformiert werden.

**Der Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Wohnbebauung von pauschal 1000 Meter** wurde im Klimapaket neulich vereinbart. Diese Regel soll künftig für ganz Deutschland gelten, **außer für Bayern**. Bayern hat eine Ausnahmeregel in der Vergangenheit genutzt und für ihr Gebiet „10 mal die Höhe der Anlage (10H)“ als Mindestabstand festgelegt. Dabei bleibt es nach dem kürzlich verhandelten Klimapaket aufgrund des Einflusses der CSU. Bei einer durchschnittlichen Anlagenhöhe von 250 Meter (in Schwachlastwindgebieten) ergibt sich somit für Bayern ein Mindestabstand von 2500 Meter. Damit gibt es seit einigen Jahren keinen Ausbau von Windenergie in Bayern und es wird ihn aus meiner Sicht auch nicht geben, solange an diesen Abständen festgehalten wird.

Ansonsten gilt in Deutschland künftig ein Abstand von 1000 Metern. Ob eine Abstandsregelung generell Sinn macht oder nicht, will ich an dieser Stelle nicht beantworten. Zu Atomkraftwerken gibt es schließlich auch keine pauschalisierte Abstandsregelung, sondern die Regelungen, die Bürgerinnen und Bürger vor Emissionen schützt. Im Fall der Windenergieanlagen wäre das die **TA-Lärm**. Die Schlagschattenproblematik wurde zum Beispiel durch Software gelöst, die Anlagen schalten sich für die Zeit der potenziellen Schlagschattenphase einfach ab.

**Bei den Verhandlungen zum Klimapaket** war die Position der SPD und auch meine, dass die TA-Lärm eigentlich ausreicht. Sie entspricht im Durchschnitt einem Abstand von 700 Metern. Die Position der Union war 10H, also im Durchschnitt 2500 Meter. Mit 1000 Meter wurde dann ein Kompromiss gefunden. Der Teufel steckt allerdings im Detail, das noch zu regeln ist. 1000 Meter zu was? Was ist „signifikante Wohnbebauung“? Die Anzahl der Häuser, die „**signifikante Wohnbebauung**“ darstellen und damit den 1000 Meter Abstand auslösen entscheidet über die Wirkung der Regelung. Sind das nur 1-5 Häuser bedeutet das, dass die ohnehin nur knappe zur Verfügung stehende Fläche für Onshore-Windenergie um ca. 40 Prozent reduziert würde. Bei 20-25 Häusern (die auch bewohnt werden) wären das ca. 15 Prozent. Dabei brauchen wir mehr Fläche für Windenergie, nicht weniger. Die SPD hat dem trotzdem als Kompromiss zugestimmt, um nun schnell für Investoren und Projektentwickler Rechtssicherheit herzustellen. In den Folgejahren wird jährlich nach dem Klimapaket auch das Bundeswirtschaftsministerium darlegen müssen, wieviel CO<sub>2</sub>-Ersparnis erzielt wurde und – wenn die Summe nicht im Plan liegt - mit welchen konkreten Maßnahmen das Ministerium versucht, den Zielkorridor der CO<sub>2</sub>-Einsparung wieder zu erreichen. Da kommt das Thema Mindestabstände in ein paar Jahren eh wieder auf die Tagesordnung. Wir wollten auch **endlich eine Planungssicherheit schaffen**, denn dieser Einigung gingen eineinhalb Jahre Verhandlungen ohne Ergebnis zwischen CDU und SPD hervor in der sogenannten AG Akzeptanz. Mein Verhandlungspartner der Union war Kollege Jens Koeppen. Dazu empfehle ich einfach mal eine Googlerecherche. **Unser Ansatz von Bürgerakzeptanz war Bürgerbeteiligung, Entlastung der Gemeinden bei den Planungsrisiken, Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und wirtschaftliche Beteiligung der Kommunen, die Windenergie möglich machen.** Der Ansatz der Union war monokausal Abstand. Zuerst 10H, später 1000 + X und so weiter.

Wenn man das alles ins Kalkül zieht, sind 1000 Meter (mit einer noch zu findenden vernünftigen Regelung zu wie vielen Häusern) ein **guter Kompromiss**. Allerdings hätte die SPD diese Regelung sicher nicht erfunden, wenn sie alleine regiert hätte.

Übrigens entdeckte ich im politischen Berlin gerade aus der Union die Forderung, **die Energiewende doch einfach im Ausland stattfinden zu lassen**. Also man baut in der Sahara (beispielsweise in Marokko) riesige Solaranlagen in die Wüste und produziert dort für ca. 2 ct/kwh Strom. Daraus macht man dann grünen Wasserstoff und importiert den nach Deutschland. Abgesehen von der Frage der Versorgungssicherheit, von der Frage der Rekolonialisierung, von der Frage, was aus dem vergangenen Desertecprojekt wurde und von der Frage, wer solche Anlagen denn bauen würde bedeutet dieser Plan inhaltlich, dass man plant, sich von der Industrie der Erneuerbaren Energien in Deutschland zu verabschieden. Das beträfe ein Vielfaches der Arbeitsplätze, die jetzt durch die Braunkohleindustrie mit

40 Milliarden Euro (zu recht) kompensiert werden. **Das kann man nicht wollen, wenn man verantwortliche Klimapolitik, verantwortliche Energiepolitik und verantwortliche Industriepolitik machen möchte!**

Soviel nur kursorisch zur Vergangenheit und zum besseren Verständnis der Zusammenhänge. Ich verstehe es als meine Aufgabe, **über die Sachzusammenhänge transparent zu berichten**, damit man die Entscheidungen auch nachvollziehen kann. Wenn man nur die Ergebnisse betrachtet, ist das sicher nicht möglich. Denn wir brauchen die Onshore-Windenergie für die Erreichung der 2030 Ziele. Dann wollen wir 65 Prozent Erneuerbare Energien im Stromnetz haben. So steht es im Koalitionsvertrag, allerdings noch nicht im Erneuerbare Energien Gesetz, was die Union bei der letzten kleinen Reform verhindert hat.

**Das 65 Prozent Ziel bis 2030 ist unbedingt einzuhalten**, um die Verpflichtungen Deutschlands beim Pariser Klimaschutzabkommen auch einhalten zu können und für die Erreichung der Ziele brauchen wir die Windenergie – schon allein, weil ein Megawatt installierte Kapazität aus der Windenergie doppelt so viel Energie produziert, wie ein Gigawatt Solarenergie. Wir brauchen die Windenergie aus Deutschland heraus und müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Krise überwunden werden kann. **Dazu muss jeder seinen Beitrag leisten - Politik, wie Wirtschaft.**

Wie könnte der Windenergiebranche aus meiner Sicht nun schnell mit wirksamen Regelungen geholfen werden? Wie können wir die Windbranche mit kurzfristigen Regelungen wieder zukunftsfester machen und Schlimmeres verhindern?

**Kurzfristig könnten folgende Regelungen helfen:**

1. Sofortige Verankerung des 65 % Ziels mit rechtlich verbindlichen Ausbaupfaden und damit eines Bekenntnisses der Politik zu Windenergie aus Deutschland für Deutschland.
2. Vereinfachte Regelungen zur Ermöglichung von Repowering Projekten. Ab 2021 fallen die ersten Anlagen aus dem EEG. Diese sind aber meist bürgerakzeptiert und könnten zügiger genehmigt werden als neue Anlagen.
3. Sinnvolle Regelungen bezüglich der Nutzungskonflikte zum Flug- und Wetterradar erlassen. Hier gibt es eine Reihe von guten Vorschlägen, die auf zügige Umsetzung warten und ca. 4 Gigawatt Windenergie zusätzlich möglich machen.
4. Die mögliche De-Minimis-Regelung der EU als Ausnahme zu den Ausschreibungen zulassen. Danach dürfen auch bis zu 18 Megawatt in einzelnen Projekten ohne Teilnahme an einer Ausschreibung wettbewerbsrechtlich unbedenklich zugebaut werden. Das ist ganz wichtig für viele kleine Bürgerenergieprojekte.
5. Windenergie vorrangig in Gewerbe- und Hafengebieten zulassen. Die bisherigen diesbezüglichen Restriktionen gehören auf den Prüfstand.

6. Zügige Konkretisierung der sog. „signifikanten Wohnbebauung“ auf über 20 Wohnhäuser, um ausreichend Potenzialflächen für Windenergie zu haben.
7. Umsetzung der Akzeptanzmaßnahme der wirtschaftlichen Beteiligung der Standortgemeinden und damit aller Menschen in den Gemeinden.
8. Sofortige Umsetzung der Akzeptanzmaßnahme der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung, also die Verhinderung der störenden roten Blinklichter.
9. Höhere Ausschreibungsmengen definieren, um den Ausbaupfad wieder zu erreichen.
10. Klärung des Konfliktes zwischen Natur- und Artenschutz. Artenschutz ist häufig ein Verhinderungsgrund für den Ausbau von Windenergie. Nur ohne effektiven Klimaschutz durch Erneuerbare Energien gibt es langfristig auch keinen Artenschutz mehr.

Darüber hinaus müssen wir einen Weg finden, wie wir gemeinsam durch die vor uns liegende Durststrecke kommen können. Im Fokus muss dabei **zunächst die Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen**. Zusammen mit der IG Metall, der Politik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene und Enercon muss über die tatsächliche Notwendigkeit von Entlassungen gesprochen werden. Und es muss darüber gesprochen werden, was noch getan werden kann, um den Schaden zum Beispiel mit Sozialplänen, Weiterbildungsangeboten und Kurzarbeiterregelungen zu reduzieren.

Noch etwas Persönliches: Die vielen rechten Kommentare bis hin zur Aufforderung, alle Politiker doch einfach an die Wand zu stellen, machen mich sprach- und fassungslos. **Demokratische Prozesse sind langwierig und schwierig, zuweilen auch schwer verständlich**. Das sieht man ja auch an der Länge dieses Briefes. Alle anderen Regierungsformen mögen einfacher erscheinen, sind allerdings keine Alternative zur Demokratie.

**Nochmal: Ich fordere alle Beteiligten auf, sich mit mir an den Tisch zu setzen. Ausdrücklich beziehe ich in diesen Aufruf auch die anderen Parteien aus Ostfriesland mit ein. Die Menschen in Ostfriesland dürfen von uns erwarten, dass wir in dieser Situation gemeinsam für die Interessen Ostfrieslands kämpfen – über Parteigrenzen hinweg, über kommunale Grenzen hinweg mit den Unternehmen, den Betriebsräten und den Gewerkschaften. Aus Ostfriesland für Ostfriesland. Mögen meine vorgeschlagenen 10 Punkte eine erste Orientierung dafür geben!**

Mit freundlichen Grüßen

**Johann Saathoff, MdB**